



NEWSLETTER

Christian Piwarz

Februar 2017

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Koalitionsfraktionen einigen sich auf neues Schulgesetz

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben sich in ihren Sitzungen auf einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Schulgesetznovelle verabredet. Nachdem der Regierungsentwurf in Bürgerforen breit diskutiert wurde, haben die beiden Fraktionen rund sechs Monate über Änderungen zum Gesetzentwurf verhandelt.

Diese Verhandlungen waren nicht einfach. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion war es in den letzten Monaten eine meiner vorrangigsten Aufgaben die Verhandlungen mit der SPD zu führen. Meine Bilanz: Die Geburt war schwierig, aber das Kind ist schön. Das neue Gesetz stabilisiert unser bisher sehr erfolgreiches sächsisches Schulsystem in seiner Struktur und entwickelt es qualitativ weiter für die Zukunft. Wir modernisieren das bisherige Schulgesetz aus dem Jahr 2004 und passen es den Anforderungen von heute an. Das neue Schulgesetz ist keine Revolution, son-

dern eine Evolution – Gutes und Bewährtes wird fortgesetzt.

„Uns war besonders die Stärkung der Oberschule wichtig. Dazu verankern wir jetzt im Gesetz den Bestandsschutz im ländlichen Raum, Schulsozialarbeiter, Fachleiter und Praxisberater. Wir geben mit dem neuen Schulgesetz Planungssicherheit, führen behutsam die Inklusion auf freiwilliger Basis ein und organisieren die Schulnetzplanung für Berufsschulzentren zentral, wie es Handwerkskammer und IHK gefordert hatten.“, erklärte der Bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Lothar Bienst.

Am 03. März wird der zuständige Ausschuss für Schule und Sport erneut eine öffentliche Anhörung mit Experten und Vertretern von Eltern, Lehrer und Schüler durchführen und ihre Hinweise und Anregungen zum Änderungsantrag noch einmal in die Beratungen aufnehmen.

Die wichtigsten Punkte der jetzigen Einigung mit dem Koalitionspartner finden Sie auf meiner Homepage www.christian-piwarz.de veröffentlicht. ■

Neues aus dem Landtag - Februar 2017

Expertenkommission legt Ergebnisse im Fall Al-Bakr vor

Gleich zwei Regierungserklärungen und eine umfassende Beratung der Fraktionen im Landtag befassten sich mit dem Bericht der Expertenkommission zum Fall Al-Bakr. Im Oktober 2016 wurde der mutmaßliche Terrorist in Chemnitz in seiner Wohnung nicht aufgegriffen, dann aber festgesetzt und damit der geplante Terroranschlag verhindert. Noch vor der Vernehmung nahm er sich in der JVA Leipzig das Leben. Innen- und Justizministerium



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

beauftragten umgehend eine Expertenkommission die Abläufe während der Fahndung und im Gewahrsam aufzuarbeiten.

Fehler wurden so nicht unter den Tisch gekehrt, sondern durch Externe deutlich benannt. Dabei hat die Expertenkommission kein wissentliches oder typisch sächsisches Fehlverhalten feststellen können. Die Fehler hätten also auch in jedem anderen Bundesland passieren können. Aber, und das benannten sowohl der Innenminister Markus Ulbig als auch Justizminister Sebastian Gemkow, Fehler sind gemacht wurden. Dabei wiegt am Schwersten, das es über den gesamten Einsatz hinweg keinen funktionsfähigen Führungsstab im Sinne der Polizeidienstvorschriften gab. Es musste daher permanent reagiert und konnte nicht agiert werden. Hier ist die aktuelle Sicherheitsarchitektur eine gute Basis, es braucht aber eine enge Verzahnung der Verfassungsschutz- und der Polizeibehörden auf Landes- und Bundesebene.

Das Thema Sicherheit – bereits mit den ersten Erkenntnissen dieser bisher deutschlandweit einmaligen Gefahrenlage - war einer der zentralen Punkte in den Haushaltsverhandlungen der CDU-Fraktion. Zusätzliche Mittel für Personal und angepasste Ausrüstungen sind bereitgestellt. Auch das Justizministerium hat aus dem Bericht schon erste Erkenntnisse in die Praxis umgesetzt. Im Doppelhaushalt 2017/2018 erfolgte die Bereitstellung einer robusten Ausrüstung für die Sicherheitsgruppe Justizvollzug und die Mittel für Dolmetscher wurden durch die CDU-geführte Koalition erhöht. Eine „Stabstelle Justizvollzug“ zur Umsetzung der Ergebnisse der Expertenkommission wurde eingerichtet.

Direkt nach der Ausschuss-Sondersitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Oktober 2016 haben wir als CDU-Fraktion gefordert, dass es an der Zeit ist, in besonderen Fällen und nach Einzelfallprüfung, die Videoüberwachung in Haftzellen zuzulassen. Jetzt wird das Staatsministerium der Justiz einen Vorschlag für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen erarbeiten.

Die unabhängigen Mitglieder der Expertenkommission:

- Der Vorsitzende Herr Herbert Landau, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht
- Frau Katharina Bennefeld-Kersten, Psychologin und ehemalige Direktorin der JVA Celle
- Herr Heinz Fromm ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz
- Herr Jürgen Jakobs, ehemaliger Inspekteur der Polizei des Landes Brandenburg

„20. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung – Europa basiert auf guter Nachbarschaft“

Die Koalitionsfraktionen setzten mit der aktuellen Debatte zum 20. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung ein Zeichen für die gute Zusammenarbeit beider Staaten. In Zeiten immenser Herausforderungen für Europa ist die Erklärung für die CDU-Fraktion von höchster Aktualität: die Staaten richten den Blick partnerschaftlich in die Zukunft um gemeinsam Verantwortung für Europa zu übernehmen.

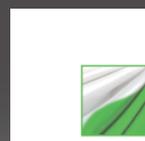
Am 21. Januar 1997, unterzeichneten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik in Prag die Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung. Die Erklärung forderte weitsichtig, die bilateralen Beziehungen nicht mit den schwierigen Fragen der Vergangenheit zu belasten, sondern den Blick in die Zukunft zu richten.

Aus der Erklärung gingen der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds und das Deutsch-Tschechische Gesprächsforum hervor. Diese Institutionen bringen seit fast zwei Jahrzehnten Bürger unserer beiden Länder zusammen. „Seit 2012 unterhält die Staatskanzlei ein Verbindungsbüro in Prag, das durch Beratung und Veranstaltungen zum sächsisch-tschechischen Austausch beiträgt. Das Verbindungsbüro hat einen wichtigen Anteil an der positiven Entwicklung der sächsisch-tschechischen Beziehungen.“, würdigt Marko Schiemann MdL, Mitglied des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforum, das Engagement Sachsens.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Die Tradition wurde auch in diesem Jahr weitergeführt. Am 29./30. Januar 2017 fand in Prag eine Veranstaltungsreihe anlässlich des Jubiläums der Deutsch-Tschechischen Erklärung statt. Die CDU-Fraktion hatte dafür den tschechische Generalkonsul Jiri Kuděla eingeladen.

Oberschule oder Gymnasium? Bildungsempfehlung hilft Eltern bei der Entscheidung

„Die Bildungsempfehlung ist ein bewährtes Instrument für den Bildungsweg der Schüler. Dies hat sich auch in verschiedenen Leistungsvergleichen gezeigt, bei denen Bayern und Sachsen – die einzigen Bundesländer, die bislang noch eine verbindliche Übergangsregelung hatten – oft an der Spitze standen. Das verfassungsrechtlich verbrieftete Recht der Eltern zur Wahl des weiteren Bildungsweges ist dabei dennoch oberste Richtschnur. Die Bildungsempfehlung hat dabei orientierenden Charakter,“ begründet Lothar Bienst, Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Aufnahme der Bildungsempfehlung in das aktuelle Schulgesetz.

Beim Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule wird in Sachsen damit weiterhin eine Bildungsempfehlung ausgesprochen. Die Kriterien für die Empfehlung fanden sich bisher nicht im Schulgesetz, sondern in einer Verordnung. Diesen Zustand hatte Ende Oktober 2016 das Sächsische Obergericht für rechtswidrig erklärt. Zudem verwies es auf die in der sächsischen Verfassung verankerte besondere Bedeutung des elterlichen Wahlrechts beim Zugang zu den verschiedenen Schularten.



In den Beratungen mit dem Koalitionspartner war für die CDU-Fraktion von besonderem Gewicht, auch die bewährte Regelung eines erforderlichen Notendurchschnitts von mindestens 2,0 für den Zugang zum Gymnasium zu erhalten. Alles andere würde die Oberschule schwächen, statt stärken. Dabei ist die Stärkung der Oberschule eines der zentralen Ziele, denen die Neufassung des Schulgesetzes Rechnung tragen soll.

Eine zügige Regelung außerhalb der derzeit stattfindenden Überarbeitung des Schulgesetzes war notwendig, um für die jetzt stattfindende Erstellung der Bildungsempfehlungen für die Viertklässler für Eltern und Lehrer Sicherheit zu schaffen.

Novellierung des Landesjugendhilfegesetzes

Die Novelle des Gesetzes stellt die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) in Sachsen sowie die Beteiligung des Freistaates an den Mehraufwendungen der Landkreise und kreisfreien Städte für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung dieses Personenkreises sowie der jungen Volljährigen mit Jugendhilfebedarf auf eine gesetzliche Grundlage.

Mit der Verabschiedung dieser Gesetzesänderung im Landtag werden nicht nur die im November vom Bundestag verabschiedeten neuen Regelungen auf Landesebene umgesetzt. Die Kommunen begrüßen vor allem auch die Ausschöpfung der Rahmenregelungen:

Die Neuregelung sorgt für Rechtssicherheit bei Klagen gegen die Entscheidung des Jugendamtes bei Altersfeststellungen. Zukünftig sind Vorverfahren ausgeschlossen. Das heißt, ein aufschiebendes Widerspruchsverfahren gegen die Altersfeststellung ist nicht mehr möglich, der Klageweg steht weiter offen, ohne das bis zum Entscheid ein Recht auf Leistungsbezug im Sinne des SGB VIII besteht.

Neu ist außerdem, dass Einrichtungen im Ausnahmefall ihren Betrieb der Unterbringung von Jugendlichen ohne Einverständnis durch das Landesjugendamt führen können. Somit ist eine Unterbringung der UMA's, bei einem möglichen

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Zustrom auch bei nicht ausreichender Anzahl von erlaubten Einrichtungen abgesichert.

Zusätzlich hat der Landtag die Voraussetzung für eine medizinische Untersuchung auf Kosten des Freistaates geschaffen. Das Jugendamt kann diese zukünftig anordnen, sollte sie noch nicht erfolgt sein. Die Kommunen und Landkreise lassen wir bei ihrer Aufgabe nicht allein. Sie erhalten Planungssicherheit durch eine Pauschale von 843,50 Euro je Person und Quartal für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung. Die kommunalen Spitzenverbände, die Verbände der Träger der freien Jugendhilfe und den Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer in Sachsen können zukünftig Rahmenverträge für die Bereiche Hilfen für junge Volljährige und für UMA´s abschließen.

Der Gesetzentwurf wurde auch von der kommunalen Ebene begrüßt und stellt klar, unter welchen Voraussetzungen ausländische Kinder und jugendliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch nehmen bzw. erhalten können.

Entwicklung der Mink-, Marderhund- und Waschbärpopulation im Freistaat Sachsen

In Sachsen kommen Mink, Marderhund und Waschbär nahezu flächendeckend vor. Durch das Wanderverhalten der Jungtiere, teilweise auch in urbane Gebiete, ist mit einer weiteren Ausbreitung dieser drei invasiven, also nicht-heimischen, Wildtierarten zu rechnen. CDU und SPD beauftragen die Staatsregierung in ihrem Antrag wissenschaftlich prüfen zu lassen, welche Maßnahmen die zunehmenden wirtschaftlichen Schäden und die mögliche Übertragung von Krankheiten verhindern können.

Alle drei Tierarten gelten in Fachkreisen auch als Wilderer. Sie fressen insbesondere Vogeleier, Grasfrösche, Erdkröten oder geschlüpfte Sumpfschildkröten und deren Eier. Damit werden sie zum Problem für andere Tierarten. Es wird vermutet, dass ganze Brutkolonien, z. B. in der Lausitz, durch den Waschbären an den Rand der Ausrottung gebracht wurden. Aus Sicht der CDU-Fraktion müssen mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft Ansätze gefunden werden, um die Reproduktionsrate der

Tierarten wirksam zu reduzieren. Außerdem muss die Bevölkerung auf dieses Problem stärker hingewiesen werden, um beispielsweise Nahrungs- und Unterschlupfmöglichkeiten von Waschbären zu minimieren.

„Kinder stärken, Kommunen entlasten, Unterhaltsschuldner heranziehen - Das neue Unterhaltsvorschussgesetz konsequent umsetzen.“

In der aktuellen Debatte zum Unterhaltsvorschuss würdigte die CDU-Fraktion die schnelle Einigung zwischen Bund und Ländern, um Alleinerziehende deutlich besser zu stellen. Zukünftig haben auch Kinder im Alter von 12 Jahren bis zum vollendeten 18. Lebensjahr einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss.

Vor allem alleinerziehende Mütter sind darauf angewiesen, dass der Staat einspringt, wenn die finanzielle Unterstützung des Kindsvaters ausbleibt. Die Kosten für den Vorschuss tragen nunmehr zu 40 Prozent der Bund und jeweils mit 30 Prozent beteiligt sich der Freistaat Sachsen und die jeweilige Kommune. Die Gesetzesänderung haben die Koalitionsfraktionen bereits in den Haushaltsverhandlungen berücksichtigt und 20 Millionen zusätzlich bereitgestellt. Besonders wichtig ist uns, dass es weiterhin keine Einkommensgrenze für den alleinerziehenden Elternteil zur Inanspruchnahme geben wird. In der Debatte machte die CDU aber auch deutlich, dass es unerträglich ist, wenn ein Elternteil sich aus der Verantwortung für die eigenen Kinder stiehlt. Der Unterhaltsvorschuss darf kein Freibrief sein, sich trotz finanziellen Möglichkeiten nicht an den Lebenshaltungskosten des Nachwuchses zu beteiligen. Hier ist der Staat vor allem in der Aufgabe, die Unterhaltskosten einzutreiben. Die Rückholquoten müssen deutlich erhöht werden. Wenn im Landkreis Zwickau jeder 10 Euro, in Leipzig aber nur jeder 3 Euro eingezogen werden kann, dann ist dies ein deutliches Zeichen, dass einzelne Kommunen dieser Aufgabe nicht ausreichend nachkommen.

Die Reform tritt zum 1. Juli 2017 in Kraft, so haben die Kommunen die notwendige Zeit eine reibungs-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



lose Antragstellung sicherzustellen. Der Unterhaltsvorschuss für Kinder von 12 bis zum vollendeten 18. Lebensjahr soll 268 Euro monatlich betragen. Zum Vergleich werden für 0 bis 5 Jahre 150 Euro und für Kinder zwischen 6 und 11 Jahre 201 Euro ausbezahlt. Die derzeitige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten wird aufgehoben.

„Polizeiliches Handeln überprüfen, öffentliches Berichtswesen zur Arbeit der unabhängigen zentralen Beschwerdestelle Polizei einrichten“

Seit 5. Januar 2015 ist eine unabhängige zentrale Beschwerdestelle der Polizei im Sächsischen Innenministerium eingerichtet. Damit wurde bereits vor zwei Jahren ein wichtiger Punkt des Koalitionsvertrages umgesetzt. „Dabei ging es der CDU mit Nichten um die Überwachung der Polizeibeamten. Unser Misstrauen gilt den Rechtsverletzern, nicht der Polizei!“, machte Roland Pohle für unsere Fraktion im Landtag deutlich. Durch die Einrichtung der Beschwerdestelle sollte das Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei weiter gestärkt werden. Bürgern, aber auch die Polizeibeamten selbst, können ihre Sorgen, Hinweise, Anregungen und Beschwerden direkt an die zentrale Stelle richten. Beide Adressatengruppen haben diese Möglichkeit auch in Anspruch genommen.

Insgesamt 216 Beschwerden sowie 545 Anfragen, Hinweise und Bitten gingen ein. Nur 20 Fälle erwiesen sich als begründet, 35 als teilweise begründet. Die von Einigen – auch im Sächsischen Landtag – kontinuierlich vorgetragene Polizeischelte ist damit nachweislich nicht gerechtfertigt. Bei den tausenden Einsätzen unserer Polizeibeamten im letzten Jahr sind 55 Fehler bei der Fülle an Rechtsbrechern aller Couleur eher beeindruckend wenig.

Auf Antrag der Regierungsfractionen hat der Landtag im Februar einen Bericht über die bisherige Arbeit und ein zukünftig regelmäßiges Berichtswesen der Beschwerdestelle eingefordert. Wir erachten es als erforderlich, dass die unabhängige zentrale Beschwerdestelle Leitlinien für ihre Arbeit erhält, die vor allem den Umgang mit den Erkenntnissen aus der Arbeit sowie den Umgang zwischen Beschwerdestelle und den Polizeidienststellen regelt.

Nur wenn Fehler genau analysiert werden, kann die sächsische Polizei ihre Ausbildung und Arbeitsweise weiter verbessern. Außerdem werden den politischen Akteuren Informationen an die Hand gegeben, um die Rahmenbedingungen für die Beamten weiter zu verbessern. ■

Doppelhaushalt 2017/18 setzt klare Prioritäten für Infrastruktur, Bildung & Sicherheit

Zwei der vier Plenartage widmete sich der Sächsische Landtag im Dezember der Beratung des Doppelhaushalt 2017/18. Eröffnet wurde der Marathon durch die Regierungserklärung des Sächsischen Ministerpräsidenten, Stanislaw Tillich. Er würdigte zu Recht diesen Haushalt als Zeichen für Demokratie, Stabilität und Nachhaltigkeit. Bei einem Gesamtvolumen von 37,5 Mrd. Euro legen wir die Grundlage für eine kontinuierliche Entwicklung des Freistaates. Sachsen nimmt keine Schulden auf, sondern tilgt jährlich weiterhin 75 Mio. Euro Schuldenlast. Trotzdem gelingt es, das Investitionsvolumen auf gleicher Höhe zu halten. Mit rund 16 Prozent Investitionsquote ist Sachsen weiterhin bundesweit unter den Spitzenreitern. Dabei ist das umfangreiche Investitionsprogramm „Brücken in die Zukunft“ noch gar nicht einberechnet.

„Dass wir über solch ein hohes Finanzvolumen entscheiden dürfen, ist den sächsischen Arbeitnehmern und insbesondere hochmotivierten Unternehmern, kurzum dem Steuerzahler, zu verdanken. Wir als CDU haben besonders darauf geachtet, dass dort Steuergelder ausgegeben werden, wo sie unserem Bürger – dem Steuerzahler – wieder zu Gute kommen!“ erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Frank Kupfer in der Generaldebatte die Prämissen unserer Fraktion während der Haushaltsverhandlungen. Besondere Schwerpunkte wurden daher im Bereich Infrastruktur, Bildung und Innere Sicherheit gelegt.

Gerade in diesen Bereichen haben die Koalitionsfraktionen im parlamentarischen Verfahren den Haushaltsentwurf aufgestockt und an die zukünftigen Herausforderungen und die Bedürfnisse der Bürger anpassen können.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Wir investieren in die Zukunft – gut 1/3 des Haushalts fließt in Bildung

- Nach der Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas, wird nun auch in den Kinderkrippen der Schlüssel von 1:6 auf 1:5 verringert. Zudem wird die Kitapauschale angehoben. Von bisher 475 Mio. Euro erhöht der Freistaat seine Ausgaben für die Kleinsten auf über 600 Mio. Euro.
- Das Lehrernaßnahmenpaket „Zukunftsfähige Schulen für Sachsen“ haben wir mit zusätzlich 214 Mio. Euro im Haushalt untersetzt, um den Lehrerberuf abzusichern sowie den Lehrerberuf in Sachsen attraktiver zu machen. Auch in die Lehrerausbildung fließen zusätzlich 35 Mio. Euro, um die Absolventenzahlen zu erhöhen
- Ein Förderprogramm zur Schulsozialarbeit ist mit 15 Mio. Euro untersetzt.
- Wir haben die Schulhausbaumittel um 10 Mio. Euro auf insgesamt 120 Mio. Euro erhöht.
- Die Erwachsenenbildung erhält 1 Mio. Euro mehr, als im Entwurf der Regierung vorgesehen. Damit ist beispielsweise die Volkshochschule in Dresden auch nach ihrem Umzug dauerhaft gesichert.
- Wir stärken den Hochschulstandort Sachsen durch langfristige Planungssicherheit. Allein an der TU Dresden werden u.a. Sanierungen und Neubauten für 90 Mio. Euro realisiert.

Wir investieren in unsere Sicherheit – Aufstockung bei Polizei und Justizwesen

- Der Personalabbau bei der Polizei ist gestoppt, 676 Polizeibeamte der 1000 zusätzlichen Beamten sind bereits einsatzbereit, 550 Wachpolizisten werden die Polizeibeamten entlasten.
- Die Ausstattung der Polizei wird verbessert, durch die Bereitstellung von 80 Mio. Euro für die bauliche Infrastruktur, 70 Mio. Euro für den IT-Bereich und 27 Mio. Euro für neue Fahrzeuge der Sächsischen Polizei.
- In der Justiz wird es statt Personalabbau deutlichen Aufwuchs geben: 2,9 Mio. Euro sind im Paket „Innere Sicherheit“ enthalten: 105 neue

Stellen bei den Justizvollzugsbeamten, 100 neue Stellen bei Richtern, Staatsanwältin und Justizbediensteten.

Wir investieren in die Infrastruktur

- 150 Mio. Euro für den Breitbandausbau stellen die Co-Finanzierung für das Bundesprogramm sicher. Damit können insgesamt 1,5 Mrd. Euro für ein leistungsstarkes Internet investiert werden.
- 1,8 Mrd. Euro sind für Investitionen in Straßen und Schienen bereitgestellt.
- Für die Digitalisierung in den Krankenhäusern weitere 5 Mio. Euro und für die IT-Sicherheitsanforderungen weitere 12,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Neben der Sportförderung (41 Mio. Euro) stehen für den Bau und die Sanierung von Sportstätten und -anlagen 45 Mio. Euro im Haushalt.

Nicht nur in diesen Bereichen trägt der Haushalt und damit die sächsische Politik die Unionshandschrift: Kontinuität, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit bleiben Markenkern. Wir halten am Landeserziehungsgeld fest, die Kommunen erhalten verlässliche Unterstützung bei Investitionsvorhaben. Forschung und Hochschulen haben mit uns langfristig Planungssicherheit und werden in Zukunftsthemen und Investitionen zusätzlich gefördert. Das ist besonders für den Hochschulstandort Dresden entscheidend. Gleiches gilt für den Bereich Kultur, in dem Dresden in besonderer Weise seit Jahrzehnten profitiert. So haben wir beispielsweise 29 Mio. Euro für den Wiederaufbau des Schlosses bereitgestellt, für Zwinger und Sempergalerie noch einmal 20,3 Mio. Euro und 4,5 Mio. Euro fließen in Unterhalt und Sanierungsmaßnahmen des Großen Gartens.

Trotz der finanziell enormen zusätzlichen Belastung, bleiben die Etas der einzelnen Ressorts ungekürzt und die Investitionsquote kann auf gleicher Höhe mit nahezu 16 Prozent gehalten werden. Beides ist bundesweit die Ausnahme und bestätigt die oft nicht immer auf Verständnis stoßende zukunftsweisende Finanzpolitik der CDU im Landtag. ■

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Neues aus dem Landtag - Dezember 2016

Sächsischer Landtag wählt Mitglieder für die 16. Bundesversammlung

Am 12. Februar 2017 wählte die Bundesversammlung in Berlin den neuen Bundespräsidenten. Aus Sachsen wurden 34 Mitglieder durch den Sächsischen Landtag bestimmt. Davon 16 Personen auf Vorschlag der CDU-Fraktion, die traditionell nicht nur Landtagsabgeordnete nominiert. Beispielsweise nahmen die Ministerpräsidenten a. D., Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und Prof. Dr. Georg Milbradt sowie Landrat Frank Vogel, Vorsitzender des Landkreistages oder Arbeitgeberpräsident Dr. Jörg Brückner und Prof. Dr. Reimund Neugebauer, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft über die CDU-Liste an der Wahl des nächsten Staatsoberhauptes teil.

Die Wahl des 10. und 11. Bundespräsidenten durfte ich als Mitglied der Bundesversammlung miterleben, ein bewegendes Ereignis. Diesmal habe ich mich nicht um einen Sitz beworben.

Sportland Sachsen – Die Reform des Leistungssports als Impulsgeber

In der aktuellen Debatte „Sportland Sachsen – mit Sportförderung in der Breite und der Spitze sportliche Erfolge sichern. Die Reform des Leistungssports als Impulsgeber.“ hat der Sächsische Landtag über das Konzept zur Leistungssportreform in Deutschland und die Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen diskutiert.

Deutschland ist im internationalen Vergleich zurückgefallen. Auf die notwendigen Änderungen, um Deutschland wieder an die Weltspitze zu führen, ist der Freistaat Sachsen gut vorbereitet.

„Die Sportförderung ist seit Jahren ein Markenkern sächsischer Politik. Sowohl die Förderung des Landessportbundes, aber insbesondere die investive Förderung

ist auf einem sehr hohen Niveau und damit Voraussetzung für sportliche Erfolge auf allen Ebenen.“, betonte unser Sportpolitischer Sprecher, Wolf-Dietrich Rost. Die Regierungsfaktionen haben mit dem Haushalt 2017/18 insgesamt 93,5 Mio. Euro für den Sport bereitgestellt. Damit haben wir noch einmal den hohen Etat der letzten Jahre aufgestockt.

Die CDU-Fraktion ist stets ein verlässlicher Partner für Sportverbände und Vereine: „Im Vergleich zu anderen Bundesländern setzen wir auf hohe Investitionen in die Infrastruktur unserer Sportstätten. Daher ist ein gesondertes Sportfördergesetz aufgrund der gelebten und bewährten Förderpraxis in Sachsen nicht nötig“, so Rost.

Im November 2016 hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit dem Deutschen Olympischen Sportbund die gemeinsamen Eckpunkte der Leistungssportreform vorgestellt. Die Details sind heute noch nicht abschließend geklärt. Fest stehen aber bereits strukturelle Änderungen. Künftig soll es in jedem Bundesland nur noch einen Olympiastützpunkt geben. Sachsen ist neben Baden-Württemberg und NRW das einzige Bundesland mit mehr als einem Olympiastützpunkt. Auch die Zahl der Bundesstützpunkte wird reduziert. Die CDU wird gemeinsam mit dem Landessportbund beraten und die Weichen so stellen, dass das bisher gute System in Sachsen bestehen bleibt.

CDU fordert eine Nachsteuerung beim Wolfsmanagement

„Akzeptanz der Rückkehr und Ansiedlung von Wölfen im Freistaat Sachsen erhalten – Wolfsmanagement nachsteuern“, so ist der Antrag von CDU und SPD überschrieben, um die Maßnahmen an die kontinuierlich zunehmende Wolfspopulation anzupassen.

Mit der Rückkehr des Wolfs in unsere Wälder ist die Zahl der gerissenen Weidetiere von 40 (2006) auf 205 Tiere im letzten Jahr gestiegen. Die Forderungen nach einer Abschussfreigabe



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

angesichts der dynamischen Populationsentwicklung wird in den Landkreisräumen hoch emotional geführt. Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jan Hippold, spricht sich für den Abschuss von Wölfen aus, „die ein atypisches Verhalten aufweisen oder sich innerhalb eingezäunter Weiden befinden. Eine aktive Populationsregulierung muss enttabuisiert und in einem bestimmten Rahmen ermöglicht werden.“ Um sowohl die Weidetiere zu schützen, als auch naturrechtlichen Belangen gerecht zu werden, sieht der Antrag beider Fraktionen unter anderem eine wissenschaftliche Untersuchung zur Herabsetzung des Schutzstatus der Tiere und ein gemeinsames europäisches Wolf-Monitoring vor. Außerdem nehmen wir den Bund und die EU in die Pflicht, sich an den finanziellen Aufwendungen für Präventionsmaßnahmen zu beteiligen. Um weiteren Vertrauens- und Akzeptanzverlust zu vermeiden, ist eine Korrektur in der Kommunikation seitens der zuständigen Behörden und Institutionen gegenüber der Bevölkerung dringend erforderlich.

Enquete-Kommission „Pflege“ arbeitet weiter

Der Landtag hat die Arbeit der Enquete-Kommission „Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen“ bis zum 31. Dezember 2018 verlängert.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme der Enquete-Kommission wurde deutlich, dass die Thematik Pflege eine Vielschichtigkeit aufweist, welche unter anderem maßgeblich durch die aktuellen Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene geprägt ist. Um eine Vollständigkeit des Kommissionsberichtes zu gewährleisten, ist es notwendig, die Einführung der neuen Pflegegrade sowie die Einführung des Dritten Pflegestärkungsgesetzes in ihrer praktischen Umsetzung einfließen zu lassen.

Lernen und Lehren im digitalen Zeitalter

Mit der Debatte „Bildung und Wissen der Zukunft – Lernen und Lehren im digitalen Zeitalter“ haben die Koalitionsfraktionen auf die notwendige Wei-



terentwicklung der digitalen Bildung in den kommenden Jahren hingewiesen.

Drei Grundpfeiler digitaler Bildung gilt es weiter zu fördern: Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung der Lehrer und die Erstellung digitaler Lerninhalte. Die Ausstattung der sächsischen Schulen mit Breitbandanschlüssen und WLAN ist nicht auf der Höhe der Zeit. „Der Freistaat darf die Kommunen als Schulträger bei der digitalen Bildung nicht alleine lassen, sondern muss sie bei Investitionen in die notwendige Infrastruktur unterstützen“, forderte der CDU-Bildungspolitiker, Steve Ittershagen. Der Jugendpolitische Sprecher, Alexander Dierks, ergänzte in der Debatte: „Digitale Bildung ist mehr als die Vermittlung von Medienkompetenz, die Stärkung des Informatikunterrichtes oder die Anschaffung von Tablet-PCs. Es geht um die inhaltliche und didaktische Weiterentwicklung des Unterrichtes, der Computer wird dabei aber den Lehrer nie ersetzen!“

Neben dem Arbeitskreis Schule der CDU-Fraktion hat sich das Thema digitale Bildung in diesem Jahr auch der Arbeitskreis Hochschule in besonderer Weise auf die Agenda gesetzt. Denn die Lehramtsausbildung muss an die neuen Möglichkeiten angepasst werden. Das Thema ist bislang nur fakultativ in der Ausbildung der nächsten Lehrergeneration verankert und die Möglichkeiten des digitalen Ler-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

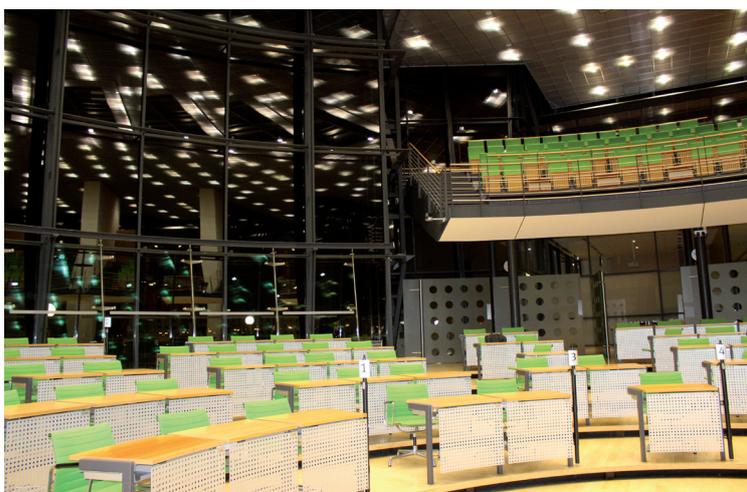
| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



nens werden nur in geringem Maße genutzt. Die identifizierten Defizite sollen schnellstmöglich beseitigt und unsere Schüler für die Zukunft fit gemacht werden. Schule muss befähigen, die neue Technik und ihre Inhalte zu nutzen. Auf dem Weg in das digitale Zeitalter sind noch viele Hürden zu beachten. So müssen die qualitative Medienbildung, die Datensicherheit, der Urheberschutz, das Persönlichkeitsrecht sowie seriöse Informationsquellen gesichert bleiben. Das Kultusministerium wird basierend auf der Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bis zum Sommer 2017 eine eigene sächsische Strategie entwickeln.

Koalitionsfraktionen bringen Landesprogramm für Schulsozialarbeit auf den Weg

Auf Antrag der CDU und SPD Fraktionen hat der Landtag ein Landesprogramm „Schulsozialarbeit für Sachsen“ verabschiedet. Die klaren inhaltlichen Vorgaben für das Programm passierten das Plenum ohne Gegenstimme. Ein Erfolg für die Jugendpolitiker unserer Fraktion, die bereits seit Längerem für ein solches Programm die Initiative ergriffen hatten. Denn Schulsozialarbeit hat ihre Wirksamkeit nachgewiesen. Sie begleitet die Schüler bei der Bewältigung zentraler Bildungs- und Entwicklungsaufgaben, sie unterstützt und entlastet unsere Lehrer bei der Erziehung, sie schafft eine bessere Chancengerechtigkeit im Bereich Bildung und kann so indirekt auch zur Senkung der Schulabbrecher beitragen.



Im Zuge der Haushaltsaufstellung wurden insgesamt 15 Mio. Euro für das Landesprogramm bereitgestellt. Damit werden die Kommunen bei ihrer Aufgabe nachhaltig unterstützt. Der Antrag schreibt fest, dass diese Mittel gerecht nach den Schülerzahlen auf die Landkreise und Kreisfreien Städten aufgeteilt werden. Außerdem stellt er sicher, dass Gelder nur für zusätzliche Maßnahmen oder die Aufrechterhaltung des auslaufenden Programms „Chancengerechte Bildung“ an den Schulen in öffentlicher oder freier Trägerschaft verwendet werden.

Die Sicherung der Qualität ist uns als CDU-Fraktion besonders wichtig. Nicht jede Maßnahme der Jugendhilfe ist per se sinnvoll. Darum ist bei der Umsetzung des Programms die „Fachempfehlung zur Schulsozialarbeit im Freistaat Sachsen“ vom 24. Juni 2016 vom Landesjugendhilfeausschuss zu berücksichtigen. Mit diesem Landesprogramm wird die soziale Arbeit an unseren Schulen stabilisiert, ausgebaut und qualitativ verbessert. ■

Termine meiner Bürgersprechstunden:

28.02.2017, 15-17 Uhr
Ortsamt Leuben
Herzstraße 23, 01257 Dresden

21.03.2017, 15.00-17 Uhr
Ortsamt Prohlis
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden

03.04.2017, 16-18 Uhr
Elbhangtreff Niederpoyritz
Plantagenweg 3, 01326 Dresden

sowie nach Vereinbarung

Bildnachweise:

- „Wir stärken unsere Oberschule“ - CDU Fraktion im Sächsischen Landtag, 2017.
- Sächsischer Landtag - Heike Ahnert, 2017.
- „Sportland Sachsen“ - CDU Fraktion im Sächsischen Landtag, 2016.
- „Digitale Bildung“ - CDU Fraktion im Sächsischen Landtag, 2016.
- Plenarsaal - Heike Ahnert, 2017.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de

